

GGG Landesverbände



Bayern
Christine Lindner



Hamburg
Bianca Thies



Hessen
Jochen Adler



Hessen
Ingrid Burow-Hilbig



Niedersachsen
Andreas Meisner



Nordrhein-Westfalen
Andreas Tempel



Schleswig-Holstein
Johann
Knigge-Blietschau



Schleswig-Holstein
Corneia Östreich

Eine vielfältige und ertragreiche Veranstaltung in Bayern und eine neue Initiative: Reallabor Bildung

Seite 39

In Hamburg: Erfolgreiche Schulbesuchstage und viele Erwartungen an die Bildungsministerin, die im Amt bleibt

Seite 39

Gespräche mit den Schulleitungen von IGSen bringen wichtige Informationen und unterstützen die Zusammenarbeit.

Seite 40

Ein neuer Erlass für Gesamtschulen bietet ab September 2025 erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten – endlich

Seite 41

17. Schulrechtsänderungsgesetz mit zwei Enttäuschungen für unsere Schulen in NRW

Seite 42

Haushaltskürzungen, ein starres Leistungs- und Prüfungskonzept, aber auch ein Hoffnungsschimmer in Schleswig-Holstein

Seite 43

Bayern

Bildung in Bewegung – Bayern im Aufbruch

Christine Lindner

Unter dem Motto „Gemeinsam Vielfalt erleben“ fand am 15.2.25 eine von der GGG auch finanziell unterstützte richtungsweisende Fachtagung des Bündnisses Gemeinschaftsschule Bayern in der Montessori-Schule Dachau statt. Auf der gut besuchten Veranstaltung diskutierten Lehrkräfte, Wissenschaftler:innen, Schüler:innen, Eltern und Politiker:innen über Inklusion, Schulstruktur und die Zukunft des Lernens in Bayern. Peter Ehrich hat einen ausführlichen Bericht zur Tagung verfasst (siehe Artikel „Eine neue Lernkultur für Bayern“). Ein besonders eindrücklicher Moment war der Impuls von Tim Wiegelmann. Der Schüler schilderte seine Perspektive als körperbehinderter junger Mensch und plädierte für eine humane Schule, die Vielfalt nicht nur zulässt, sondern stärkt (siehe dazu den Artikel von Tim „Gedanken zu einer Schule als lebenswertem Ort“).

Von der GGG wurden auch die Petition und Demonstration gegen die an bayerischen Schulen verbreitete Praxis unterstützt, Schülerinnen und Schülern unangekündigte Tests (Exen) und mündliche Überprüfungen (Abfragen) abzuverlangen. Initiiert wurde das Anliegen von der 17-jährigen Schülerin Amelie N. und fand rasch breite Unterstützung – unter anderem vom Landesschülerrat Bayern, dem Forum Bildungspolitik, der GEW

Bayern sowie dem Verein Eine Schule für Alle in Bayern e.V. Auch darüber gibt es einen von Amelie verfassten Bericht in diesem Magazin.

Zukunftsweisend ist auch die Idee eines Reallabors Bildung für München: Die Demokratische Schule München und Eine Schule für Alle in Bayern e.V. entwickeln gemeinsam mit Bildungsakteur:innen einen offenen Denk- und Erfahrungsraum nach Leipziger Vorbild. So soll ein Ort entstehen, der eine stille Bildungsrevolution unterstützt – durch Dialog, Beteiligung und neue Perspektiven auf Schule. Wer dazu mehr erfahren möchte, meldet sich gerne unter info@eine-schule.de

Reallabor Leipzig:

► <https://reallabor-leipzig.de/>

EINE SCHULE
FÜR ALLE
IN BAYERN E.V.



Fotos: Christine Lindner

Hamburg

Bianca Thies

Der April war ereignisreich für uns als Landesverband, aber auch für die Bildungspolitik.

Vom 7.-11. April 2025 fanden die Schulbesuchstage mit einer zum Vorjahr deutlich gestiegenen Beteiligung statt. Insgesamt gab es in den 5 Tagen 39 Hospitationsangebote, die 139 mal genutzt worden sind. Innerhalb der Schulbesuchstage gab es ein Get-together, bei dem wir uns mit Menschen, die teilgenommen haben, über die Erfahrungen und die Bedeutung für die eigene Schulentwicklung ausgetauscht haben und auch darüber, welche Ideen noch für die Verbandsarbeit existieren. In jedem Fall werden wir schon jetzt den Zeitraum für die Schulbesuchstage 2026 festlegen, damit Schulen das zeitig in die Planung für das nächste Schuljahr aufnehmen können. Außerdem fand die Idee, zu Vortragsabenden einzuladen, Anklang – idealerweise mit Impulsen aus der Bildungswissenschaft, um sich mit der Wissenschaft über wichtige Grundlagen für gemeinsames Lernen auszutauschen.

Politisch wurde am 24.4.2025 der neue Senat vorgestellt. Frau Beckeris wird weiter als Senatorin die Bildungslandschaft bestimmen, überraschend war, dass das Ressort Familie aus dem Bereich Soziales wieder in den Bereich der Bildung wandert. Vielleicht ist diese Entscheidung ein Schritt, Bildungserfolg unabhängiger vom Elternhaus zu ermöglichen, wenn Familienpolitik in derselben Behörde gestaltet wird.

Ansonsten bietet der neue Koalitionsvertrag viel Lob für die bisherige Praxis. In einigen Punkten freuen wir uns aber auf den Austausch darüber, wie unser Schulwesen noch inklusiver gestaltet werden kann: Vermisst haben wir beispielsweise einen inhaltlichen Blick auf die Lehramtsausbildung: Begrüßenswert hält der Koalitionsvertrag fest, dass man Schulen beim Ausbau von Projektlernzeiten, Studienzeiten, fachübergreifendem Lernen und Lernbüros unterstützen will – Formen, die in Schulen des gemeinsamen Lernens maßgeblich entwickelt wurden, um individuelle Förderung zu ermöglichen. Diese Unterrichtsformen spielen aber in der Prüfungskultur des Referendariats eine untergeordnete Rolle, die sich nach wie vor schwerpunktmäßig an der 45-minütigen Einzelleistung orientiert. Das geht an den Erfordernissen eines inklusiven Schulwesens, das auf professionelle Arbeit in multiprofessionellen Teams angewiesen ist, vorbei. Es bleibt also noch Gesprächsstoff für die nächste Legislaturperiode.

Hessen

Gespräche des Landesvorstandes mit SchulleiterInnen hessischer IGSen

**Jochen Adler
Ingrid Burow-Hilbig**

Die Idee für die Gespräche resultiert aus der Überlegung, dass mit ihrer Hilfe einerseits eine engere Verzahnung der aktuellen Themen in Schule mit der GGG möglich ist und andererseits der LV bei „brennenden Themen“

schneller unterstützen oder vermitteln kann. Folgende Themen standen im Fokus der Gespräche:

Situation der Schulen

Mehrheitlich äußern die Schulleitungen, dass die Arbeitsbelastung sehr hoch und die Burnout-Gefahr gegeben sei. Verstärkt wird die Problematik durch die hohe Zahl nicht besetzter Leitungsstellen.

Ein mehrfach geäußerter Wunsch ist eine transparente und zeitnahe Kommunikation durch die Kultusverwaltung. Auch die Benachteiligung der IGSen in verwaltungstechnischer Hinsicht (z.B. Zeugnisdruck über die Lehrer- und Schülerdatenbank LUSD) ist ein großes Ärgernis. Eine deutliche Reduzierung der Bürokratie und der Mangel an unterstützendem Personal, z. B. IT-Admin, muss mit hoher Priorität bearbeitet werden.

Die ständig steigenden SchülerInnenzahlen bei unzureichender Personalausstattung, insbesondere von SchülerInnen mit herausforderndem Verhalten, führen dazu, dass auch hier die Belastung immer deutlicher wird. Der aktuelle Personalmangel sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht muss deshalb umgehend behoben werden, um weiteren Schaden von den Schulen abzuwenden.

Wünsche

Angesichts der o.g. Befunde wünschen sich die Schulleitungen mehr Entlastungsstunden für Leitungstätigkeiten, um die an sie gestellten Anforderungen gut bewältigen zu können. Auch könnten Supervisionsan-

gebote während der Arbeitszeit eine deutliche Verbesserung der schulischen Arbeit bewirken.

Die Ausstattung der Schulen mit zusätzlichen Verwaltungskräften ist längst überfällig. Auch an dieser Stelle fällt immer wieder die mangelhafte Zusammenarbeit von Schulträgern und staatlichen Schulämtern auf. Auch der Wunsch nach Beförderungsmöglichkeiten für Lehrkräfte mit Lehramt H/R wird geäußert, weil dies Bedingungen für eine qualitative Weiterentwicklung der Schulen schaffen würde.

Die Schulleitungen wünschen sich noch mehr regionale Vernetzungsangebote, schätzen die aktuellen Angebote der GGG für Schulleitungen und das IGS-Forum, eine zweimal jährlich stattfindende Fortbildungsveranstaltung zur Schulentwicklung, sehr.

Nach unseren Gesprächen können wir sagen, dass der Landesvorstand einen deutlich besseren Blick für die aktuelle Situation in den Schulen gewonnen hat und die Probleme der Schulen in Gesprächen mit bildungspolitischen SprecherInnen der Parteien platzieren konnte.

Niedersachsen

Andreas Meisner

In Niedersachsen werden zurzeit die Erlasse für die Arbeit in der Sekundarstufe I in allen Schulformen überarbeitet. Der Landesverband GGG Niedersachsen ist aktiv an der Anhörfassung für Gesamtschulen beteiligt. Der neue Erlass wird weitergehende flexible Möglichkeiten für die

Gesamtschulen in Niedersachsen bereitstellen. Kernelemente sind die Möglichkeit der inneren Differenzierung bis einschließlich Klasse 10, alternative Leistungserbringungen als Prüfungsform, die schriftliche Leistungsüberprüfungen teilweise ersetzen oder reduzieren. Zudem können Stunden in der Stundentafel — bei Einhaltung der Gesamtstundenzahl (181) — über den gesamten Bereich der Sekundarstufe I verschoben werden und somit kann mehr Epochalunterricht ermöglicht werden. Darüber hinaus können bis zu sieben Stunden in der Sek I für eigene Schwerpunkte umgewidmet werden, z. B. Wahlpflichtbereiche, Projektunterricht oder Stärkung bestimmter Fächer. Damit geht der neue Erlass auf die Vorschläge der KMK ein und schafft einen Gestaltungsspielraum für die einzelne Schule. Er soll im September 2025 in Kraft treten.

Der Landesverband setzt sich weiterhin zusammen mit dem Landeselternrat, dem Landeschüler:innenrat und der GEW für die Abschaffung der zentralen Abschlussprüfungen in Klasse 10 an Gesamtschulen ein. Organisatorisch wird eine Abschaffung oder zumindest eine Veränderung im Ministerium und in den Regierungsfractionen diskutiert — wegen des gleichzeitigen Abiturs, aber besonders auch inhaltlich wegen verllorener Lernzeit in Klasse 10 und der Fragwürdigkeit der Sinnhaftigkeit der Abschlusstests.

Für Mitarbeiter:innen an Gesamtschulen bietet der Landesverband zurzeit zwei neu entwickelte Fortbildungsformate an: Für Kolleg:innen, die neu an eine Gesamtschule kommen, wurde

die „Gesamtschulakademie“ gegründet. Die Gesamtschulen einer Region bieten zu gesamtschulspezifischen Themen, wie z.B. prozessorientierter Leistungsmessung, ganztägige Hospitationsprogramme mit Reflexion für die „Neuen“ der Region an. Für die verschiedenen Themen ist jeweils eine Gesamtschule der Region zuständig, so dass eine Vernetzung und ein Blick über den Tellerrand ermöglicht wird. - Für die mittlere Leitungsebene an Gesamtschulen, wie Jahrgangsebenen und Fachbereichsleitungen, wird eine mehrtägige Fortbildung angeboten. Ausgehend von den unterschiedlichen Situationen an den eigenen Schulen werden Themen wie Professionalisierung von Kommunikationsprozessen, Gestalten statt Verwalten im System, Mut zum Steuern und Supervision/Kollegiale Beratung/Austausch/Vernetzung bearbeitet.

Nordrhein-Westfalen

Andreas Tempel

Das 17. Schulrechtsänderungsgesetz wird in Kürze den Landtag NRW passieren und damit Gesetzeskraft erhalten, nachdem es dort im Schulausschuss vor kurzem bestätigt und auf den Weg gebracht wurde. Hinweisse aus den Verbändebeteiligungen wurden marginal berücksichtigt.

Ausgehend vom Koalitionsvertrag (Zukunftsvertrag NRW) will die Landesregierung bestimmte Vorhaben umsetzen, von denen zwei kurz vorgestellt werden sollen. Das eine ist bei Erfolg die

Sicherung des Schulversuchs der PRIMUS-Schulen (integrierte Schule von Klasse 1 bis 10). Der Erfolg ist unbestritten, der Bestand von vier der fünf gestarteten Schulen gesichert. Allerdings unterbleibt die in Aussicht gestellte Gründung weiterer Schulen. Das ist aus Sicht der integrierten Schulformen nicht nur ein schwerer Fehler, sondern auch ein Schritt zurück hinter die Hoffnung machende Formulierung im Koalitionsvertrag.

Das andere betrifft die Einrichtung von Hauptschulbildungsgängen an Realschulen. Die aus dem Zukunftsvertrag resultierende Hoffnung, diese flächendeckend auszuweiten, ist nicht umgesetzt worden. Übrig geblieben ist die Umsetzung für Realschulen in Kommunen oder Kreisen ohne Hauptschulen. Das Schulgesetz NRW soll einen Paragraphen erhalten, der dem Schulträger dann die Möglichkeit eröffnet, den Hauptschulbildungsgang ab Klasse 7 einzurichten. Erst wenn dies der Fall ist, kann die entsprechende Realschule den Hauptschulbildungsgang auch ab Klasse 5 etablieren. Während der Philologenverband und der Verband „Lehrer NRW“ gemeinsam den Untergang des gegliederten Systems beschwören, geht der GGG NRW und anderen Verbänden der integrierten Schulformen die angekündigte Gesetzesänderung überhaupt nicht weit genug, denn nur eine durchgängige Umsetzung für alle Realschulen würde das unschöne System der Abschlusssicherung unterbinden und die Kultur des Behaltens fördern. Ohne Zweifel müssen Realschulen, die Hauptschulbildungsgänge einrichten, personell und sächlich wie in-

tegrierte Schulen ausgestattet werden. Aber statt dies zu fordern und damit ein Zeichen zu setzen, sich an den schulpolitischen Herausforderungen zu beteiligen und sie nicht auf die integrierten Schulen abzuwälzen, ziehen sich der Philologenverband und „Lehrer NRW“ in die Verweigerung zurück.

Schleswig-Holstein

Johann Knigge-Blietschau
Cornelia Östreich

Haushaltskürzungen, ein veraltetes und starres Konzept von „Leistung“ und Prüfungen – aber auch Hoffnung auf einige Verbesserungen

An den weiterführenden Schulen zeigt sich wieder eine krasse Ungleichbehandlung: Während die Gymnasien mit minimalen Kürzungen davonkommen – im Wesentlichen ein „Verrechnen“ der neuen Auflage, in der Mittelstufe vier Stunden Informatik zu erteilen –, werden bei den Gemeinschaftsschulen (GemS) sechs Stunden aus dem Kontingent für diese Stufe ersatzlos gestrichen. Zwar haben die schleswig-holsteinischen GemS damit immer noch einige Stunden mehr als die Gymnasien; aber sie müssen auch Inklusion und Integration fast alleine leisten und bekommen zudem jedes Jahr an die tausend „Rückläufer*innen“ aus den Gymnasien.

Hatten wir im Magazin 2023/3 noch von „zwei Säulen im Schiefstand“ geschrieben, droht die GemS-Säule in Schleswig-Holstein jetzt ganz ins Wanken zu geraten. Proteste waren zu-

nächst eher verhalten, da den Schulen und Lehrkräften für politische Meinungsäußerungen enge Grenzen gesetzt sind. Aber mit Hilfe der GEW soll es zumindest regional noch Veranstaltungen geben. Außerdem werden einige Schulen den Weg der „Remonstration“ beschreiten, da die Kürzungen den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen massiv bedrohen. Die GGG unterstützt hier inhaltlich, einschl. einer Stellungnahme beim Ministerium.

Eine weitere überwiegend kritische Stellungnahme verfasste die GGG zu einem Erlassentwurf „Leistung und Prüfungen“. Um schwache Ergebnisse zu verbessern und „basale Kompetenzen“ zu stärken, setzt das Bildungsministerium im Wesentlichen auf mehr herkömmliche Tests und Klassenarbeiten. Diese sollen jetzt auch in Fächern wie Sport und ästhetischer Bereich eingesetzt werden. Alternative Prüfungsformate und die zunehmend beliebten Portfolio-Bewertungen werden zwar verbal gelobt, aber in engen Grenzen gehalten. Stattdessen ist in allen Tests und Fächern zusätzlich die Rechtschreibleistung zu korrigieren. Also für alle Beteiligten erhöhter Aufwand und unnötiger Druck, während gleichzeitig im Bildungswesen gekürzt wird – das passt nicht zusammen!

Trotz allem ist der „Run“ auf die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe, der schon in den vergangenen Jahren auffiel, ungebrochen: Erneut übersteigt die Zahl der Anmeldungen die verfügbaren Plätze erheblich, sodass wieder fast tausend Kinder abgewiesen werden müssen. Die GGG fordert daher, dass

weitere Oberstufen an Gemeinschaftsschulen eröffnet oder zugänglich gemacht werden. Sowohl mit Blick hierauf als auch auf eine generell notwendige Reform in Konzeption und Didaktik plant die GGG eine weitere Veranstaltung zum Thema „Oberstufe“.

Fortschritte wird es eventuell in puncto Schulaufsicht und beim gemeinschaftsschultypischen Integrationsfach „Weltkunde“ geben:

In Schleswig-Holstein unterstehen bislang GemS mit Oberstufe zusammen mit den Gymnasien der Schulaufsicht des Ministeriums, GemS ohne Oberstufe hingegen der unteren Schulaufsicht, also den Schulrät*innen. Die GGG unterstützt die Forderung nach einer gemeinsamen Schulaufsicht und hat diese dem Ministerium vorgetragen. Dem Wunsch nach einer landesweiten Koordinierung will das Ministerium insoweit Rechnung tragen, dass in diesem Kalenderjahr noch eine landesweite Dienstversammlung der Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe stattfinden soll.

In die von verschiedenen Seiten geforderte Ausbildung für das Integrationsfach Gesellschaftswissenschaften Erdkunde, Geschichte und Politik, das bei uns Weltkunde heißt, ist Bewegung gekommen. Nach vorliegenden Informationen wird nun auch in Niedersachsen über eine Ausbildung für den Fächerverbund (in Niedersachsen: Gesellschaftslehre/GL) im Referendariat diskutiert.